

Herausgeber  
Heinrich Bechtoldt  
Herbert von Borch  
Walter Hallstein  
Kurt Georg Kiesinger  
Klaus Ritter  
Walter Scheel  
Helmut Schmidt  
Richard von Weizsäcker

# AUSSEN POLITIK

**Zeitschrift für  
internationale  
Fragen**

Friedrich Ruth  
**Rüstungskontrolle und Abrüstung: Instrument der  
Friedenssicherung**

Ernst-Otto Czempel  
**Deutschland – USA: Kooperation und Irritationen**

Hildegard Hamm-Brücher  
**Neuanfang zwischen Deutschen und Amerikanern**

Elke Thiel  
**Die D-Mark zwischen dem Dollar und dem EWS**

Hans Günter Sulimma  
**Nord-Süd-Dialog und der Gipfel von Cancún**

Uwe Jenisch  
**Die Seerechtskonferenz vor ihrer 11. Session**

Klaus Frhr. von der Ropp  
**Der Westen und der Wandel im Süden Afrikas**

Rolf-Roger Hoepfner  
**Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung Irans**

**Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften**

33. Jahrgang

**1/82**

1. Quartal 1982 Verlagsort Hamburg DM 12,50

ISSN 0587-3835

**INTERPRESS  
Übersee Verlag GmbH  
Hamburg**

# AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für internationale Fragen

---

Jg. 33 1. Quartal 1982

Friedrich Ruth <b>Rüstungskontrolle und Abrüstung: Instrument der Friedenssicherung</b>	3
Ernst-Otto Czempiel <b>Deutschland – USA: Kooperation und Irritationen</b>	14
Hildegard Hamm-Brücher <b>Neuanfang zwischen Deutschen und Amerikanern</b>	30
Elke Thiel <b>Die D-Mark zwischen dem Dollar und dem EWS</b>	37
Hans Günter Sulimma <b>Nord-Süd-Dialog und der Gipfel von Cancún</b>	47
Uwe Jenisch <b>Die Seerechtskonferenz vor ihrer 11. Session</b>	60
Klaus Frhr. von der Ropp <b>Der Westen und der Wandel im Süden Afrikas</b>	75
Rolf-Roger Hoepfner <b>Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung Irans</b>	88
<b>Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften</b>	<b>100</b>

---

HERAUSGEBER: Heinrich Bechtoldt, Herbert v. Borch, Walter Hallstein, Kurt Georg Kiesinger, Klaus Ritter, Walter Scheel, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker.

REDAKTION: Geschäftsführender Herausgeber Prof. Dr. Heinrich Bechtoldt, 7 Stuttgart-Hohenheim, Schloß, Telefon (0711) 45012628.

Beiträge in dieser Zeitschrift geben jeweils die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck und Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Redaktion.

VERLAG: INTERPRESS-Übersee Verlag GmbH, Schöne Aussicht 23, D-2000 Hamburg 76, Telefon 228 52 26. Verleger: Friedrich Reinecke, Anzeigen: Z. Z. ist Preisliste Nr. 10 gültig. Druck: Druck- und Verlagshaus Friedrich Pörtner, Kapitän-Dallmann-Straße 41-43, D-2820 Bremen-Nord.

---

BEZUGSPREISE: Jahresabonnement DM 50,-, Studenten DM 40,-, zuzügl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes DM 12,50. Abbestellungen 6 Wochen vor Quartalschluß.

## Der Westen und der Wandel im Süden Afrikas

Auch mit der Politik im Südtel Afrikas und ihrer weiteren Entwicklung hat Präsident Reagan auf dem Weg seines Vorgängers Carter einhalten und diese speziellen Probleme unter den Aspekt des Ost-West-Konfliktes stellen wollen. Amerika ist aber darum nicht aus der sogenannten Kontaktgruppe der Fünf ausgeschieden, wo es sich zusammen mit der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, England und Kanada um Verhandlungen, besonders um die Unabhängigkeit Namibias bemüht. Hinzugekommen sind auf der anderen Seite die Aktivitäten des neuen amerikanischen Afrika-Beauftragten Chester Crocker, und Crocker wollte vor allem den unter Carter gestörten Dialog mit Pretoria wieder aufnehmen. Dr. Klaus Frhr. von der Ropp, von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Bonn, geht von den im vorigen Herbst erneuerten Anstrengungen der Kontaktgruppe aus, an denen die Bundesrepublik Deutschland natürlich wieder beteiligt war und bei denen die Außenminister Carrington und Cheysson wichtige Partner sind. Der Verfasser unterstreicht die Notwendigkeit der Bemühungen Crockers, die Regierung der Republik Südafrika an die Gespräche und Verhandlungen heranzuführen, um in der Namibia-Frage möglichst bald weiterzukommen. Denn nur wenn für Namibia eine Lösung gefunden werden kann, gibt es auch eine Hoffnung, daß die Fronten in Südafrika selbst aufzulockern sind. Die Widerstände, die von so vielen Seiten zu erwarten sind, werden aber zu überwinden sein, wenn es der westlichen Kontaktgruppe gelingt, Namibia nach einer einwandfreien Wahl in die international anerkannte Unabhängigkeit zu führen und wenn sich die Mittlerstaaten für Südafrika selbst zu einer unzweideutigen Erklärung bekennen: Zum Selbstbestimmungsrecht der schwarzen Mehrheit Südafrikas ebenso wie zur machtpolitischen Absicherung des Existenzrechtes der weißafrikanischen Nation und auch der beiden braunafrikanischen Minderheiten. Nur wenn sich auf diesem Weg eine westlich-schwarzafrikanische Verständigung ergibt, werden auch die Rohstoffe und die strategischen Routen in diesem Raum für den Westen gesichert sein, die unter den Aspekten des Ost-West-Konfliktes von so vitaler Bedeutung sind.

### I. Neue Dimensionen westlicher Politik

Nicht erst künftige Geschichtsschreiber werden über die Politik der »Kontaktgruppe« von fünf westlichen Industriestaaten (USA, Kanada, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien) im südlichen Afrika urteilen, das Jahr 1981 sei hier durch deutliche Unterschiede in der Haltung Bonns und Washingtons gekennzeichnet gewesen.

#### 1. Zu den Initiativen der Bundesrepublik Deutschland

Im diplomatischen Verkehr drängten die Vertreter Bonns, die Konflikte in und um SWA/Namibia und Südafrika keinesfalls bloß vor dem Hintergrund des Ost-West-Gegensatzes zu sehen und der Lösung der verbliebenen Probleme im südlichen Afrika wieder hohe Priorität einzuräumen. Es war allem Anschein nach vor allem Außenminister H.-D. Genscher, der erfolgreich darauf bestand, das Thema SWA/Namibia auch bei der Sitzung des NATO-Ministerrates (Mai 1981/Rom) wie auch bei dem Wirtschaftsgipfel in Ottawa (Juli 1981) zu beraten. So war es gewiß kein Zufall, daß eine OAU-Delegation, die sich unter Leitung des kenianischen Außenministers Robert Ouko um die Reaktivierung der festgefahrenen

westlichen SWA/Namibia-Initiative bemühte, zuerst in dem Bonner Außenministerium vorsprach. In Washington war hingegen die neue Administration, in radikaler Abkehr von der gescheiterten Politik Präsident Jimmy Carters, sehr um eine Verbesserung des bilateralen Verhältnisses zu Pretoria bemüht.

Möglicherweise werden beide Ansätze zusammengenommen aber dazu führen, den Konflikt um das Land am Kap der Guten Hoffnung wenn schon nicht beizulegen, so doch wenigstens das durch ihn drohende Ausmaß an Zerstörung einzudämmen. Dank der Initiativen der Bundesregierung, die gewiß die Unterstützung der neuen französischen Regierung, und hier insbesondere diejenige des mit afrikanischen Fragen auf das engste vertrauten Außenministers Claude Cheysson finden, wird verhindert werden, daß der Westen angesichts der häufig als unlösbar betrachteten Probleme des südlichen Afrikas in einen Zustand der Resignation verfällt oder aber die Belange der (schwarzen) Bevölkerungsmehrheit in beiden Ländern seinen Interessen im Ost-West-Konflikt unterordnet.

## 2. Aspekte der neuen Politik der USA

Andererseits wird die von außergewöhnlich großem Sachwissen geprägte Diplomatie des für die Afrika-Politik der westlichen Führungsmacht maßgeblich verantwortlichen Chester Crocker jenes Mindestmaß an wechselseitigem Vertrauen zwischen Pretoria und Washington wiederherzustellen wissen, das in den Jahren der Carter-Administration völlig zerstört wurde<sup>1</sup>, ohne das aber ein erfolgreicher Dialog mit der weißafrikanischen Regierung schlicht undenkbar ist. So mag die Entlassung SWAs/Namibias in die international anerkannte Unabhängigkeit in absehbarer Zeit zu erzielen sein. Daran anschließend mag auch dank intensivster und außerordentlich langwieriger westlicher Vermittlung ein innersüdafrikanischer Ausgleich zustande kommen, der den legitimen Interessen sowohl der weiß- als auch der schwarzafrikanischen Konfliktpartei Rechnung trägt.

Wer hier, um auf die deutsch-amerikanischen Debatten in dieser Frage zurückzukommen, genau hinschaut, wird jedenfalls wichtige Ansätze zu gemeinsamen Zielvorstellungen entdecken können. So könnte etwa die jüngste Wahlkampfaussage der kleineren Bonner Regierungspartei, die von den Südafrikanern aller Bevölkerungsgruppen selbst auszuhandelnde neue politische Ordnung müsse das Selbstbestimmungsrecht der Mehrheit wie auch die (machtpolitische) Absicherung des Existenzrechts der Minderheiten als interdependente Elemente enthalten, den zentralen Passagen der Vorstellungen Crockers von der Lösung der Probleme Südafrikas entnommen sein<sup>2</sup>. Bis zum Zustandekommen eines solchen innersüdafrikanischen Ausgleichs werden allerdings noch unzählige Widerstände zu überwinden sein; es werden bis dorthin wohl eher Jahrzehnte als nur Jahre vergehen.

So ist, um hier zunächst nur auf einen Akteur einzugehen, von Seiten der OAU

1 Dazu John Seiler: »Constructive Engagement in South Africa: A Viable U.S. Policy«, in »SAIS Review« (Washington) No. 1 (Winter 1981), S. 161–168 (162).

2 Zu dieser Wahlkampfaussage s. Klaus Frhr. von der Ropp: »Der Süden Afrikas im Zeichen des Umbruchs«, in »liberal« (Bonn), Dezember 1980, S. 940–948 (941). Zu den Überlegungen C. Crockers s. vor allem »South Africa: Strategy for Change«, in »Foreign Affairs« (New York) 2/1980–81, S. 323–351.

und vielen ihrer Mitgliedstaaten harter Widerstand zu erwarten. Das bekam Crocker während seiner ersten Reise im April 1981 in die sechs Frontstaaten und eine Reihe anderer interessierter afrikanischer Länder deutlich zu spüren. Immer wieder wurden ihm Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan vorgehalten, die er, Crocker, zumindest in dieser Einseitigkeit selbst kaum gemacht haben würde: »*Can we abandon a country that has stood beside us in every war we have fought? A country that, strategically, is essential to the Free World in its production of minerals that we all must have? I feel that, if we are going to sit down at a table and negotiate with the Russians, surely we can keep the door open and continue to negotiate with a friendly nation such as South Africa . . . (as) long as a sincere and honest effort is being made, then based on our experiences in our own land, it would seem to me that we should be trying to be helpful*«<sup>3</sup>.

Vor dem Hintergrund dieser Äußerungen wurde die Südafrika-Politik der Vereinigten Staaten während der jüngsten (18.) Gipfelkonferenz der OAU in einer Sprache angegriffen, die in ihrer Aggressivität wohl selbst bei den Debatten dieser Organisation nur selten verwandt wird. Für sehr erhebliches Aufsehen sorgten am Konferenzort Nairobi die von Crocker allerdings ausdrücklich dementierten<sup>4</sup> Gerüchte, nach denen sich mit Unterstützung durch die USA Südafrika, Argentinien und einige weitere lateinamerikanische Staaten, darunter möglicherweise Brasilien, zur *South Atlantic Treaty Organization* (SATO) verbünden würden. Auch Meldungen, nach denen die USA bereit seien, Pretoria das für die Inbetriebnahme des ersten südafrikanischen Kernkraftwerkes erforderliche Uran zu liefern, obwohl Pretoria den Non-Proliferation-Vertrag nicht unterzeichnet hat, schockierten die bis dahin an »progressive« Reden<sup>5</sup> und Gesten aus dem Washington Jimmy Carters gewöhnten schwarzafrikanischen Länder. Dasselbe gilt für hier und da aufgetauchte Nachrichten über die Ausbildung von Angehörigen der südafrikanischen Küstenwacht in den USA, die Vergrößerung der Ende der 70er Jahre stark reduzierten Militärattaché-Stäbe in Washington bzw. Pretoria/Kapstadt, die Lieferung von auch militärisch nutzbarer amerikanischer Elektronik an Südafrika sowie die Einrichtung zusätzlicher südafrikanischer Konsulate in den USA. Scharfe Proteste nicht nur Angolas lösten Meldungen aus, Washington bemühe sich um die Aufhebung des 1976 vom Senat beschlossenen sog. *Clark Amendment*<sup>6</sup>, das der Regierung der USA die offene oder versteckte Unterstützung von Aufständischen in Angola untersagt. Selbst der Umstand, daß Reagan im Mai 1981, mit Roelof F. Botha, den Außenminister des Paria-Staates im Weißen Haus empfing, löste in OAU-Kreisen nahezu Stürme der Entrüstung aus.

Überhaupt kein Verständnis bringt man in Kreisen der OAU schließlich für die Versuche Washingtons auf, den von der Kontaktgruppe gemeinsam mit den sechs afrikanischen Frontstaaten, SWAPO, Pretoria, eher am Rande auch den »internen« Parteien und anderen Akteuren in über vierjähriger Arbeit erstellten Plan zur

3 Nach »The Star« (Johannesburg) vom 4. März 1981, S. 1.

4 Dazu »Wireless Bulletin« from Washington vom 19. Juni 1981, S. 13.

5 S. neben zahllosen Reden Andrew Youngs und verschiedenen Äußerungen Donald F. McHenry den Text der Pressekonferenz mit Vize-Präsident Walter Mondale (Wien/Mai 1977), abgedr. in Colin Legum (Hrsg.): »Africa Contemporary Record/Annual Survey and Documents 1977-1978«, S. C 27-C 31, New York and London, 1979.

6 S. etwa Edward Walsh: »Repeal of Angola Aid Ban Hit by Heavy Opposition«, in »Washington Post« vom 2. April 1981, S. A 21.

Lösung des SWA/Namibia-Problems im Sinn der Vorstellungen Pretorias zu revidieren und in diesem Zusammenhang auf den Abzug der kubanischen Soldaten aus Angola zu drängen<sup>7</sup>.

Auch zwei inzwischen nicht mehr im Amt befindliche Unterhändler der westlichen Kontaktgruppe, und zwar der frühere britische Außenminister David Owen und der ehemalige amerikanische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Donald F. McHenry, unterzogen die Politik der USA sehr deutlicher Kritik<sup>8</sup>. Owen geht so weit, vor der Bildung einer seines Erachtens drohenden Achse Washington/Pretoria zu warnen, die die westliche Welt und OAU-Afrika entzweien müsse. Von daher gelte es, zu der früheren Politik zurückzufinden. Er geht allerdings mit keinem Wort auf die sich aufdrängende Frage ein, woran die westlichen Vermittlungsbemühungen der Jahre 1976 bis 1979 gescheitert sind. Owen scheint u. a. zu übersehen, daß es erst dem Crocker in den hier interessierenden Fragen nahestehenden Lord Carrington gelang, durch eine mutige und äußerst sachkundige neue Initiative 1979/80 den Rhodesien/Zimbabwe-Konflikt beizulegen<sup>9</sup>. Er, wie auch andere Kritiker der Politik Crockers, erkennen allem Anschein nach nicht, daß der Assistant Secretary of State for African Affairs im Verhältnis zu Pretoria genau das tut, was dringend geboten ist, nämlich vertrauensbildende Maßnahmen zu ergreifen.

Anders als Owen, McHenry und etliche andere Unterhändler früherer Jahre sieht Crocker, daß aus eigener Kraft wie auch durch die ebenso vielfältige wie intensive Zusammenarbeit mit dem Westen in mehr als drei Jahrhunderten in Pretoria/Kapstadt eine weißafrikanische Nation herangewachsen ist. Und diese ist, auch nach Meinung Crockers, ähnlich Israel im Nahen Osten, als einer von mehreren Machtfaktoren bei der Gestaltung einer Friedensordnung für die Region in das politische Kalkül einzubeziehen. Auch Crocker könnte geäußert haben, was Henry Kissinger nach seinem ersten Zusammentreffen mit Balthazar Johannes Vorster, dessen Vorstellungswelt typisch für die sehr vieler seiner weißen Landsleute ist, bemerkte: Mit dem (damaligen) südafrikanischen Ministerpräsidenten sei ihm eine Gestalt aus dem Alten Testament begegnet. M.a.W., wer die Entschlossenheit und Härte, die politische, wirtschaftliche und militärische Schlagkraft der weißen Afrikaner nicht erkennt, der wird weder SWA/Namibia befreien, noch in Südafrika selbst die Apartheid beseitigen können, es sei denn, er nähme einen militärischen Konflikt unkalkulierbaren Ausmaßes in Kauf.

Bei alledem darf allerdings nicht übersehen werden, daß Republikaner um Senator Jesse Helms, der vieles daran setzte, die Berufung Crockers in sein heutiges Amt zu verhindern, mit Hilfe ihnen nahestehender Mitglieder der Reagan-Administration wenig unversucht lassen werden, eine andere SWA/Namibia- und Südafrika-Politik zu verfolgen. Diesen Republikanern geht es nicht darum, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, aus der heraus dann die Herrschaftsstrukturen in

7 Zur Einschätzung der Rolle der Kubaner in Afrika durch Chester Crocker s. Chester A. Crocker u. a.: »Implications of Soviet and Cuban Activities in Africa for U.S. Policy«, in »Significant Issues«, hrsg. vom CSIS (Georgetown University/Washington), 1979.

8 S. etwa David Owen in »The Times« (London) vom 7. September 1981, S. 8; Donald F. McHenry: »Southern Africa Policy«, in »New York Times« vom 10. Juli 1981, S. A 23.

9 Dazu Klaus Frhr. von der Ropp: »Zimbabwe – eine Chance mit Robert Mugabe«, in »Aussenpolitik« 2/1980, S. 167–179 (172–178).

SWA/Namibia und Südafrika zu verändern sein werden. Für sie, die sie die Kurz-sichtigkeit ihrer Argumente nicht erkennen, zählt einzig die fanatisch antikommunistische Haltung Pretorias. So werden Helms und seine politischen Freunde im wesentlichen bemüht sein, durch die Stützung sog. interner Lösungen, die auf der Linie der Machthaber in Pretoria liegen werden, die in SWA/Namibia und Südafrika heute bestehenden Ordnungen zu stabilisieren.

Schwerwiegender wird aber wohl sein, daß viele Weißafrikaner die offizielle Politik Washingtons dahingehend perzipieren, daß sie sich, allen gegenteiligen Beteuerungen Crockers zum Trotz, letztlich eben doch an den Vorstellungen Senator Helms und seiner Freunde orientieren werden. Daraus leiten sie für ihre eigene Innenpolitik ab, daß nicht fundamentale Änderungen des eigenen politischen Systems, sondern nur mehr oder weniger kosmetische Reformen geboten seien. M.a.W., einmal mehr erkennen viele der herrschenden weißen Afrikaner eine sich ihnen bietende Chance, die so sehr schwierigen Probleme ihres Mehrvölkerstaates zu lösen, nicht<sup>10</sup>.

### 3. Reaktionen des schwarzen Afrikas

Aus ihren offiziellen Äußerungen ist zu schließen, daß eine sehr deutliche Mehrheit der OAU-Länder der Fortsetzung der auf radikalen Wandel auch in Südafrika abzielenden Politik Carters bei weitem den Vorzug gegeben hätte. Dasselbe gilt natürlich für die SWA/Namibia-Politik Washingtons. So wurde diese im April 1981 selbst von der Regierung der Elfenbeinküste deutlich kritisiert<sup>11</sup>. In sehr viel schärferer Form wurden die USA, außer bei dem bereits erwähnten OAU-Gipfel in Nairobi, von vielen der Teilnehmer an der von UN und OAU im Mai 1981 in Paris gemeinsam veranstalteten Konferenz zur Thematik »Sanktionen gegen Südafrika« angegriffen. Anknüpfend an harte Töne des Ersten Sekretärs der französischen Sozialistischen Partei, Lionel Jospin, kam bei dieser Konferenz die Hoffnung auf, die Regierung François Mitterrands werde ihre SWA/Namibia- und Südafrika-Politik an den Vorstellungen der OAU orientieren, sich insbesondere deren Forderung nach gegen Pretoria zu verhängenden wirtschaftlichen Sanktionen nicht länger verschließen<sup>12</sup>. An den Beziehungen wenigstens Frankreichs zu Südafrika zu rütteln, sie zumindest teilweise zu zerschlagen, ist für die OAU angesichts des in ihren Augen reaktionären Kurses Washingtons eben noch wichtiger geworden. Denn sie steht unverändert hinter der Äußerung des Vorsitzenden des (südafrikanischen) *African National Congress*, Oliver Tambo, nach der »*The European Community is the lifeblood of white supremacy in southern Africa . . . The EEC countries, particularly Germany, France, Britain and Italy have become the dominant partners of the regime of terror in South Africa*«<sup>13</sup>.

10 An der Unfähigkeit zum fundamentalen Wandel in Südafrika war bekanntlich Mitte der 70er Jahre auch die schwarzafrikanisch-südafrikanische Politik der Entspannung gescheitert; dazu detailliert Klaus Frhr. von der Ropp: »Südafrika zwischen friedlichem Ausgleich und Gewalt«, in »Die Internationale Politik 1975/76«, Jahrbuch der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn, 1981.

11 S. Flora Lewis: »The Namibian Test«, in »The New York Times« vom 17. April 1981, S. A 25.

12 S. dazu u. a. Patrice Claude: »Les nouvelles options de la France inquiètent Pretoria«, in »Le Monde« (Paris) vom 22. Mai 1981, S. 8; Carlos Moore: »La France contre l'Apartheid«, in »jeune Afrique« (Paris) vom 2. Juni 1981, S. 26–27; Alex Rondos: »Mitterrand and Africa«, in »West Africa« (London) vom 18. Mai 1981, S. 1074–1075. Vgl. schließlich Quentin Peel: »The Debate on Sanctions against South Africa in the EEC«, S. 1–6 in »Sanctions against South Africa«, hrsg. von SAIIA, Braamfontein/SA, Dez. 1979.

13 Quentin Peel, a.a.O., S. 3–4.<sup>9</sup>

## II. Zu einigen Entwicklungen des SWA/Namibia-Konfliktes

Der britische Außenminister äußerte Mitte September 1981 im Anschluß an Beratungen der Außenminister der Kontaktgruppe am Rande der Vollversammlung der Vereinten Nationen: »*We are now back on the rails but there is still a considerable journey ahead*«.

Carrington sprach damit zunächst die Schwierigkeiten an, die sich in den ersten acht Monaten der Amtszeit Reagans und Crockers für die Zusammenarbeit innerhalb der Kontaktgruppe daraus ergeben hatten, daß die USA ihre Politik sichtlich ohne intensive Konsultationen mit ihren Verbündeten einer gründlichen Revision unterzogen hatten. Argwohn nicht nur der schwarzafrikanischen Staaten entzündete sich an den häufigen, stets bilateralen Gesprächen von Vertretern Washingtons mit solchen Pretorias/Windhoeks. Diese Phase amerikanischer Politik scheint im September 1981 abgeschlossen. Darüber hinaus wollte der britische Außenminister aber wohl auch zum Ausdruck bringen, daß der Westen in den Verhandlungen über die Zukunft Namibias einen neuen Beginn machen wolle. M. a. W., die Kontaktgruppe habe aus ihren eigenen Fehlern gelernt und bemühe sich jetzt um eine Linie, die Pretoria nicht mehr befürchten lassen werde, von den ihre eigenen Interessen verfolgenden westlichen Mittelstaaten hinters Licht geführt zu werden.

Basis aller Anstrengungen zur Entlassung SWAs/Namibias in die Unabhängigkeit ist, nachdem Washington dies möglicherweise eine Zeitlang in Frage gestellt hatte, Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 29. September 1978<sup>14</sup>. Bekanntlich hatten sich gleich nach Bekanntwerden des dieser Resolution zugrundeliegenden Waldheim-Berichtes zwischen Pretoria einerseits und SWAPO, den Frontstaaten und den Mitgliedern der Kontaktgruppe andererseits schwere Meinungsverschiedenheiten an einem Passus zur Gestaltung der Übergangsphase entzündet: Pretoria sah sich nämlich außerstande, sich mit der Entsendung einer »friedenswahrenden« UN-Truppe von 7500 Soldaten, 1500 Zivilisten sowie 360 Polizisten abzufinden. Die Sorge der weißen Afrikaner war, daß die UN durch die Entsendung eines so großen Expeditionskorps mit weitreichenden Funktionen gleich zu Beginn der Übergangsphase zugunsten der von ihnen noch stets geförderten SWAPO die Macht in Windhoek ergreifen würden. Diese Sorge verstärkte sich sehr erheblich, als sich die Westmächte im folgenden eine Zeitlang dafür verwandten, mit Beginn der Übergangsphase auch SWAPO militärische Basen in SWA/Namibia einzuräumen.

Ferner stieß in Pretoria auf Kritik, daß Resolution 435 nicht vorschrieb, die von den Bewohnern des Landes auszuhandelnde Verfassung müsse einen dezidierten Minderheitenschutz enthalten. Eine ausdrückliche Regelung dieses Fragenbereiches war für Pretoria naturgemäß umso wichtiger, je mehr man sich in südafrikanischen Regierungskreisen ein realistisches Bild von der Stärke bzw. Schwäche SWAPOs und der DTA machte.

<sup>14</sup> Vgl. dazu »Wireless Bulletin« from Washington vom 12. und 15. September 1981, S. 20–21 bzw. 21–23.

Heute besteht die Hoffnung, daß die Verantwortlichen in den hier engagierten westlichen Hauptstädten diese Argumente Pretorias/Windhoeks erstmals anzuhören und auf sie einzugehen bereit sind<sup>15</sup>. Das könnte dazu führen, daß die Regierung Botha selbst in Erwartung eines deutlichen Wahlsieges der SWAPO nicht mehr jener absolut halsstarrige Verhandlungspartner sein wird, als der Pretoria den Unterhändlern der Kontaktgruppe in den Jahren 1977 bis 1980 noch stets begegnete. Wichtig wird in diesem Zusammenhang vor allem sein, daß die Angehörigen des UN-Kontingents sich überwiegend aus solchen Ländern rekrutieren, denen auch Pretoria ein Minimum an Vertrauen entgegenbringen kann, die m.a.W. nicht voll und ganz auf der Linie SWAPOs liegen. Von großer Bedeutung, zumindest aber Ausdruck des guten Willens der Kontaktgruppe, sind jene Elemente einer künftigen Verfassung, die die Westmächte in Ergänzung von Resolution 435 aushandelten und den Konfliktparteien Ende Oktober 1981 mit der Empfehlung präsentierten, sie anzunehmen. Darunter sind ein Grundrechtskatalog, das Prinzip der Gewaltenteilung wie auch weitere wesentliche Bestandteile einer westlich-demokratischen Ordnung, eine »gerechte« Repräsentanz aller ethnischen Gruppen des Landes in den künftigen Legislativ- und Exekutivorganen SWAs/Namibias usw. Da von dritten Mächten ausgesprochene Garantien zu ihrer Respektierung durch die künftigen Machthaber in Windhoek hier nicht vorstellbar sind, wird es sich bei diesen Verfassungselementen, ihre Annahme unterstellt, nur um »paper-garantees« handeln. Wer hier zu Hoffnung fähig ist, der wird wohl der Meinung sein, daß es sich bei den derzeitigen Verfassungsverhandlungen um mehr als bloße konstitutionelle Pflichtübungen handelt.

Seiner alten Doppelstrategie folgend, vergrößerte Pretoria im Herbst 1981 aber auch die Befugnisse des in Windhoek amtierenden, von der DTA gestellten Ministerrates. SWA/Namibia hat damit praktisch erstmals in seiner Geschichte einen Zustand innerer Selbstverwaltung erreicht.

In Pretoria/Windhoek mag die Hoffnung gehegt werden, die Stellung der die »interne Lösung« tragenden DTA auch dadurch gestärkt zu haben, daß Streitkräfte SWAs/Namibias und vor allem Südafrikas im Sommer 1981 tief nach Angola eindringen und dort SWAPO-Verbände und sie unterstützende bewaffnete Einheiten der VR Angola zerschlugen. Angesichts der sehr großen Zerstörungen, die so im Süden Angolas angerichtet wurden, ist kaum anzunehmen, daß die Südafrikaner hier der von ihnen ohnehin ausgehaltenen UNITA eine Art geschlossenes Staatsgebiet schaffen wollten, von dem aus SWAPO nicht mehr in Richtung Süden würde operieren können. Eher war wohl die Absicht Pretorias/Windhoeks, SWA/Namibia durch einen Gürtel verbrannter Erde nach Norden hin abzuschirmen. Es mag sein, daß damit der Norden SWAs/Namibias, insbesondere Owambo, nunmehr nicht mehr einer belagerten Festung gleicht, in der die südafrikanischen Militärstützpunkte und Dienststellen der Owambo-Regierung durch Stacheldrahtverhaue geschützte Inseln inmitten einer mit SWAPO sympathisierenden Bevölkerung darstellen. Aber das besagt natürlich nichts über das künftige

15 Schon bei der Genfer SWA/Namibia-Konferenz vom Januar 1981 zeigte sich hier ein gewisses Einlenken der Mittlerstaaten, vgl. André du Pisani: »Namibia: The Search for Alternatives«, in »South Africa International« (Johannesburg) Juli 1981, S. 292–302 (293–294).

Wahlverhalten der betroffenen Menschen. Wer bislang auf Seiten SWAPOs stand, der wird dies naturgemäß auch jetzt tun.

Eines aber dürfte durch die südafrikanische Intervention, bei der übrigens auch sowjetische Staatsangehörige ums Leben kamen, erreicht worden sein: Die von den Kubanern, der UdSSR und der DDR im Sattel gehaltene Regierung in Luanda wird noch weniger als zuvor bereit sein, über den Abzug der kubanischen Militärs und eine Beteiligung der durchaus gefolgschaftsstarken UNITA mit sich reden zu lassen.

Daß die USA durch ihr Veto kurze Zeit später die Verurteilung Südafrikas durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhinderten<sup>16</sup>, wird wesentlich zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Washington und Pretoria beigetragen haben, untergrub jedoch die Position der westlichen Führungsmacht im gesamten übrigen Afrika. Washington spielt heute auch in SWA/Namibia ein gewágtes Spiel. Ob es erfolgreich sein wird, wird heute niemand zu sagen wissen.

### III. Südafrika zwischen schwarzem Protest und weißem Dennoch

Im südlichen Afrika konzentriert sich die Politik der USA wie auch die ihrer europäischen Verbündeten derzeit ganz auf SWA/Namibia. Diesen Konflikt gilt es zu lösen, bevor sich die westliche Diplomatie dem unendlich viel schwierigeren, in vielem anders gelagerten Problem Südafrika zuwendet. Sollte es jetzt gelingen, den SWA/Namibia-Konflikt friedlich beizulegen, so würde dies die Chancen einer afrikanisch-westlichen Vermittlungsinitiative in Südafrika nicht unerheblich vergrößern. Derzeit fällt allerdings schwer und hieße es wohl einer Utopie nachzujagen, wollte man bereits ganz bescheidene Ansätze zu einer neuen politischen Ordnung erkennen, die von den gesellschaftlich relevanten Gruppen der weißen wie auch der schwarzen Südafrikaner getragen würde.

Die Rede Bothas vor dem Kongreß der Nationalen Partei des Kaplandes in Parow (Oktober 1981), die in ihrem schlicht reaktionären Grundtenor auch von den extremistischen Vorstellungen seiner ultrakonservativen Gegenspieler kaum zu übertreffen sein wird, hat auch bei konservativen westlichen Beobachtern der südafrikanischen Szene die Hoffnung auf einen nicht-kriegerischen Ausgleich dem Nullpunkt recht nahe gebracht<sup>17</sup>. Auch wer der nur zu begründeten Existenzangst der weißafrikanischen Nation am Kap ein Maximum an Verständnis entgegenbringt, wird bei der Lektüre dieser und anderer Reden Bothas aus jüngerer Zeit nur den einen Gedanken haben, daß hier Lust am Untergang am Werk ist. Was immer der (die Regierung in Verfassungsfragen beratende) *President's Council* Anfang 1982 an verfassungsrechtlichen und politischen Neuerungen vorschlagen wird, wird nach über drei Jahren des politischen Immobilismus unter den schwarzen, nicht jedoch den braunen Unterdrückten wohl nur die Marionetten einigermaßen zufriedenstellen. Die erstaunlicherweise immer noch vorhandenen gemäßigten

16 Der Text des entsprechenden Resolutionsentwurfs sowie die Begründung des US-Delegierten für seine Ablehnung durch die USA sind abgedruckt in »Wireless Bulletin« from Washington vom 2. September 1981, S. 1-4.

17 S. vor allem Andreas Graf Razumovsky: »Wo Oppositon Verrat ist/Die südafrikanische Regierung im Immobilismus erstarnt«, in FAZ vom 21. Oktober 1981, S. 12. Vgl. weiter Robert Knight (S. 1-8) and Quentin Peel (S. 9-14): »Southern Africa in Retrospect: The views of two Foreign Correspondents«, hrsg. vom SAIIA, Braamfontein/SA, Juni 1981..

Schwarzen um den Präsidenten INKATHAs, Gatsha Buthelezi, werden einmal mehr von unerfüllten Hoffnungen und betrogenen Erwartungen sprechen müssen. Und die sehr groß gewordene Zahl kompromißloser und militanter schwarzer Südafrikaner wird sich durch das Versagen der Regierung Botha in ihrer Haltung bestätigt sehen, auf jeden der zahlreicher gewordenen bewaffneten Anschläge des *African National Congress* (ANC) mit immer offener werdendem Beifall zu reagieren<sup>18</sup>. Es werden nur noch wenige Jahre vergehen, und viele Wähler und Mitglieder der Nasionale Party van Suid-Afrika werden über P. W. Botha so urteilen, wie dies heute Joyce Harris, eine radikale Außenseiterin der weißen südafrikanischen Gesellschaft tut: »Each successive Prime Minister has found it necessary to make some adjustments and alter some labels, but the mixture remains very much as it was before, and undoubtedly tastes as bitter to those who are forced to swallow it«<sup>19</sup>.

Wer heute mit weißen, braunen und schwarzen Südafrikanern spricht, wird sich immer wieder der beschwörenden Worte erinnern, die Gatsha Buthelezi Mitte 1978 in Grahamstown/SA an die Teilnehmer der Road-Ahead-Konferenz richtete: »Constitutional developments in South(ern) Africa are going to be a by-product of bullets and power«. Allein, zumindest die so große Bedeutung Südafrikas als Lieferant wertvoller und oft seltener Rohstoffe<sup>20</sup> sowie seine strategische Lage zwingen, jeder noch so entfernten Möglichkeit eines politischen Ausgleichs nachzuspüren. Und genau dies ist die Linie Crockers, wie er sie in einem Beitrag in »Foreign Affairs«<sup>21</sup> niedergelegt hat. Es sind übrigens wohl eher taktische Überlegungen, die ihn hier veranlaßten, das Bild des heutigen Südafrikas nicht in tiefschwarzen Farben zu malen.

## 1. Vom politischen Immobilismus des weißen Südafrikas

Der Wandel in der Sprache Bothas und sehr vieler seiner Mitstreiter wird nur vor dem Hintergrund des Rückhalts verständlich, den die offen rassistische, von Jaap Marais geführte *Herstigte Nasionale Party* (HNP) seit einiger Zeit im afrikaanssprachigen weißen Lager findet. Viele ihrer Positionen werden zudem von jenen portugiesisch- bzw. englischsprachigen weißen Afrikanern geteilt, die nach 1975 aus Angola und Mozambique vertrieben wurden oder jetzt Zimbabwe verlassen. Die HNP wurde nicht müde, während des Wahlkampfes im März/April 1981 von der »*swart gevaar*«, von der Gefahr zu sprechen, daß das weiße Südafrika unter Botha den Weg Rhodesiens, also hin zur völligen Entmachtung gehen werde. Dem Verräter Botha wird der »Bruderkampf« angesagt. In Anlehnung an die Parole des ideologischen Gegners im benachbarten Mozambique (»*la luta continua*«) wurde auf einer Wahlveranstaltung der HNP geäußert: »*Die stryd duur voort*«. Ziel des fortgeführten Kampfes ist die Bewahrung vor allem des politischen *status quo*.

18 Dazu sehr lesenswert Robert von Lucius: »Südafrika: Schwarze Hoffnung, weiße Reformbereitschaft«, in DAS-Schriftenreihe (Bonn) Heft 13, S. 39–72.

19 »Presential Address«, in »The Black Sash« (Johannesburg) Mai 1981, S. 1–7 (2).

20 Dazu jüngst Carl-Wolfgang Sames: »Europe's strategic mineral needs: economic and political aspects«, in »International Affairs Bulletin« (Braamfontein/SA) 1/1981, S. 5–18.

21 Chester A. Crocker, a.a.O. (Anm. 2); vgl. Ken Owen: »Perspectives on US-RSA relations«, in »Africa Insight« (Pretoria), 1/1981, S. 10–14.

Diesen Kampf hat die HNP, obwohl sie ihren Stimmenanteil mit einem Ergebnis von 14,1 Prozent Ende April 1981 gegenüber 3,3 Prozent im Jahr 1977 mehr als vervierfachen konnte, vielleicht nur scheinbar verloren. Denn vor, während und vor allem auch nach der Wahl sprach Botha, aus berechtigter Sorge vor weiteren Verlusten seiner Partei, oft genug in der Sprache seiner noch extremeren Gegner. So hat es den Anschein, als sei die HNP, die trotz ihres beachtlichen Stimmenanteils noch kein Mandat gewann, und nicht die NP (131 von 165 Mandaten bei einem Stimmenanteil von 57 Prozent statt bislang 66,1 Prozent) der wahre Sieger der Wahl zum Kapstädter Parlament<sup>22</sup>. Denn der nominelle Sieger spricht die Sprache des Verlierers und macht sich letztlich in vielen wesentlichen Punkten auch dessen politische Vorstellungen zu eigen. Die von der Regierung nach wie vor hochgehaltene »total national strategy« (»12-Punkte-Programm«) mag alles mögliche (Negative) bewirken, eines aber wird sie bestimmt nicht erreichen, die Abwehr des »total onslaught« gegen das »christliche, demokratische, antimarxistische Bollwerk Südafrika«<sup>23</sup>.

Und entgegen einer weitverbreiteten Mär unterscheidet sich das Denken der Masse der englischsprachigen Weißen nicht grundlegend von dem der Afrikaaner. Das läßt sich etwa anhand der Absetzung von Allister Sparks, dem Chefredakteur der wohlbesten englischsprachigen Tageszeitung, der »Rand Daily Mail« (Johannesburg), zeigen. Er, der in seiner Zeitung »a unique bridge between the racial ghettos«<sup>24</sup> sah, und obwohl er aus kommerziellen Gründen für seine schwarzen und weißen Leser getrennte Ausgaben herausbrachte, hatte nämlich sowohl bei seinen weißen Lesern als auch bei inserierenden Unternehmen zunehmend weniger Anklang gefunden. Entgegen einer im Ausland verbreiteten Auffassung denkt das englischsprachige weiße Südafrika gar nicht daran, sich mit dem Befreiungskampf des schwarzen Südafrikas zu identifizieren oder ihn auch nur zu unterstützen. Auch der »Brit« gibt den eher konservativen Auffassungen des Nachfolgers von A. Sparks, Tertius Myburgh, bei weitem den Vorzug.

Es hat allerdings den Anschein, als würde den Veränderungen bei der »Rand Daily Mail« insbesondere im Ausland zu große Bedeutung beigemessen. Denn sie war in der so polarisierten politischen Kultur Südafrikas<sup>25</sup> wohl nie jene Brücke zwischen den Ghettos, die Sparks in ihr sah. Allein der Umstand, daß sie ihren schwarzen und weißen Lesern unterschiedliche Ausgaben anbot, ließ nämlich nicht nur militante Schwarze ihr den Vorwurf des »armchair liberalism« machen. Wirklich verhängnisvoll für die Erfolgsaussichten der neuen Südafrika-Politik Washingtons wäre hingegen, sollten, um der Geschlossenheit des Afrikanerdoms willen, dessen kritische Stimmen<sup>26</sup> verstummen. Es ist in der Tat zu befürchten, als sei das hier

22 Zu den Gründen dieser Veränderungen im weißafrikanischen Wahlverhalten s. Klaus Frhr. von der Ropp: »Eine Zeitenwende für den Süden Afrikas?«, in »Aussenpolitik« 3/1981, S. 296–310 (297, 298, 308, 309).

23 Dazu sehr überzeugend Deon Geldenhuys: »Some Foreign Policy Implications of South Africa's 'Total National Strategy', with particular reference to the '12-point plan'« SAIIA, Braamfontein/SA, März 1981.

24 Nach John Kane-Berman: »Requiem for a Newspaper«, in »The Black Sash« (Johannesburg) August 1981, S. 486 (5).

25 S. dazu Klaus Frhr. von der Ropp: »Afrique du Sud: solution par partage du pouvoir ou division du pays?«, in »Le Mois en Afrique« (Paris) Oktober–November 1981, S. 36–53 (39–48).

26 Dazu Klaus Frhr. von der Ropp: »L'Afrique du Sud après l'élection du Mugabe«, in »Présence Libérale« (Brüssel) 2/1981, S. 95–103 (95–97); ders. »Power Sharing versus Partition in South Africa«, in »Australian Outlook« (Canberra) Nr. 2/1981, S. 158–168 (164–165).

und da bereits aus der Sorge heraus geschehen, andernfalls der HNP Argumente zu liefern.

## 2. Schwarze Opposition ohne Hoffnung

Sollte das weiße Südafrika eines vielleicht nicht so fernen Tages in einem unvorstellbar grausamen Bürgerkrieg untergehen, so wird es zuvörderst Opfer seiner eigenen frevelhaften Politik geworden sein. Denn auch Anfang der 80er Jahre ist es allem Anschein nach unfähig, selbst die Mahnungen einer so gemäßigten Persönlichkeit wie Gatsha Buthelezis ernst zu nehmen: So antwortete ihm Petrus Gerhardus Koornhof, »verligger« Exponent im Kabinett zu Pretoria, auf seine Kritik an der bestehenden Ordnung: »*We are busy with an honest attempt to try and solve one of the world's biggest complicated problems in a peaceful, humane and evolutionary way*«<sup>27</sup>. So beteiligen sich, außer dem ANC, auch die in Pretoria herrschenden Weißafrikaner nicht an den Arbeiten der von G. Buthelezi und seiner INKATHA-Bewegung initiierten, seinen Namen tragenden Kommission, die Optionen einer neuen Ordnung für Natal und darüber hinaus auch das übrige Südafrika diskutiert<sup>28</sup>. Erst wenn Washington, in realistischer Einschätzung des Kräftespiels im schwarzen Südafrika, Pretoria gezwungen haben wird, über die politische und sonstige Zukunft der Republik Südafrika mit dem ANC zu verhandeln, wird das weiße Südafrika erkennen, welche gravierenden Fehler ihm in der Behandlung Buthelezis und seiner Gefolgsleute unterlaufen sind.

Heute aber baut Pretoria auf die Reden seiner Marionetten und unterschätzt die innen- und außenpolitischen Konsequenzen des sich in bewaffneten Anschlägen aller Art äußernden Terrors des ANC. Selbst für eine so konservative Regierung wie die Ronald Reagans haben in dem Paria-Staat Südafrika begangene Anschläge eben eine ungleich höhere Bedeutung als entsprechende Vorkommnisse in Argentinien, El Salvador, Iran, Nord-Irland, Tschad usw. Nach Angriffen auf ein Kraftwerk in Lamontville/Durban und auf die Bahnlinie Vryheid/Richards Bay kam es gelegentlich der Feierlichkeiten zur 20. Wiederkehr des Tages der Ausrufung der Republik in Südafrika zu einer Fülle von Gewaltmaßnahmen: Anschläge auf eine Polizeistation in Fort Jackson/East London, auf die Bahnlinien Johannesburg/Soweto und Durban/Umlazi, auf Hochspannungsleitungen in Vrede/Freistaat, auf ein Rekrutierungsbüro der Streitkräfte in Durban, auf Kraftwerke in Camden/Transvaal und Arnot/Transvaal, und einige Wochen später auf militärische Anlagen in Voortrekkerhoogte/Transvaal, auf einen Polizeiposten in Mabopane/BophutaTswana, auf das noch im Bau befindliche Sasol-III-Kohleverflüssigungswerk in Secunda/Transvaal, ein Kraftwerk in Evander/Transvaal, auf eine Polizeistation in Sibasa/Transvaal usw.

27 Nach G. Buthelezi: »Why this Boycott of the Republican Festival«, Prayer Meeting, Umlazi, 31. Mai 1981, S. 11. Zu der Äußerung Koornhofs vgl. H. J. D. Brand: »Die NGK – 'n kerk sonder stem? / Politieke dienstigheid bepaal of NGK moet praat of swyg«, in »Deurbraak« (Kapstadt) Juni 1981, S. 889; Judith Hawarden: »Rural Poverty«, in »The Black Sash« (Johannesburg) Mai 1981, S. 15–18 und Prue Crosoer: »The LIE of 'Voluntary' Removals«, in »The Black Sash«, Mai 1981, S. 19–21.

28 Zu den Aufgaben dieser Kommission s. Munger Africana Library Notes: »The Buthelezi Commission«, hrsg. vom California Institute of Technology/Pasadena, Dezember 1980. – Die Einsetzung dieser Kommission wurde seinerzeit auch in afrikaans Kreisen begrüßt, s. etwa Bert Ferreira: »Buthelezi-Kommissie verdien geesdrif«, in »Die Transvaler« (Johannesburg) vom 2. November 1980.

Problematischer als diese Übergriffe, für die allem Anschein nach ausschließlich *Umkhonto we Sizwe*, der bewaffnete Arm des ANC verantwortlich ist, sind die Streiks, die immer wieder vor allem im Ost-Kap und in Transvaal ausgerufen werden. Hier drohen der so hochentwickelten und entsprechend anfälligen und verwundbaren Volkswirtschaft des Landes sehr erhebliche Gefahren. Das Kapstädter Parlament sucht dem mit strengen Gesetzen zur Registrierungspflicht von Gewerkschaften und ähnlichen Maßnahmen zu begegnen. Es hat aber den Anschein, als sei damit bislang nicht viel mehr erreicht worden, als die in ihrer Opposition zu der Regierung so verschiedenen gewerkschaftlichen Dachverbände *South African Allied Workers' Union (SAAWU)*, *Council of Unions of South Africa (CUSA)*, *Federation of South African Trade Unions (FOSATU)* und *Trade Union Council of South Africa (TUCSA)* einander näher zu bringen. Beiläufig sei vermerkt, daß für führende Repräsentanten der (weißen) *South African Confederation of Labour*, wie etwa Arie Paulus und Gert Beetge, andere Fragen im Vordergrund stehen: der HNP nahestehend, sehen sie in Sorge den »Ausverkauf« der Interessen der weißen Arbeiterschaft durch Botha an das schwarze Südafrika.

Was immer südafrikanische Legislativ- und Exekutivorgane hier unternehmen, politisch motivierte Arbeitsniederlegungen und Streiks werden an der Tagesordnung bleiben, mag auch kürzlich ein Aufruf des ANC, am Nationalfeiertag des weißen Südafrikas der Arbeit fernzubleiben, nicht befolgt worden sein. Streiks und der Boykott des Unterrichts in der Art, wie sie Mitte des Jahres von gemischt-rassigen Schülern in Vororten Johannesburgs initiiert wurden, werden der Regierung in Pretoria immer mehr zusetzen, mag die Polizei auch noch so hart gegen die Teilnehmer an solchen Aktionen vorgehen.

### 3. Einige Aspekte der Rolle der Republik Zimbabwe

Ähnlich wie Israel seit Jahren die PLO dadurch zu schwächen sucht, daß es deren rückwärtige Stellungen in benachbarten Staaten angreift, verteidigt das weiße Südafrika seine Interessen durch Übergriffe nach Angola, Mozambique und vielleicht schon heute auch weitere Staaten der Region. Pretoria scheint noch darüber hinaus zu gehen. So schreibt etwa David Willers: »... *we have entered a new policy era where forward destabilization and/or support for dissident movements in neighbouring countries may well have become an element of total strategy*«<sup>29</sup>.

Die Staaten der Region, von denen viele dem Bankrott zumindest nahe sind, bieten allesamt genügend Ansatzpunkte, sie zu destabilisieren. Dies gilt nicht zuletzt für Zimbabwe<sup>30</sup>, dessen Beziehungen zu Südafrika sich in letzter Zeit rapide verschlechtert haben: Ultrakonservative Kreise im weißen Südafrika werden nur wenig unterlassen, um zum Scheitern des ihnen gefährlich dünkenden Experiments Zimbabwe beizutragen. Und selbst die Regierung des in seinem Pragmatismus nicht zu übertreffenden Ministerpräsidenten Robert G. Mugabe wird immer, im Rahmen des ihr Möglichen, den Befreiungskampf des schwarzen Südafrikas gegen das weiße Südafrika unterstützen.

29 In »Finance Week« (Johannesburg) vom 10.–16. September 1981, S. 513–514 (513).

30 Dazu den exzellenten Aufsatz von Paul L. Moorcraft: »Will there be a Civil War in Zimbabwe?«, in »South Africa International« (Johannesburg) April 1981, S. 240–255.

So war das zimbabwisch-südafrikanische Verhältnis im letzten Jahr durch eine Eskalation von Nadelstichen gekennzeichnet. Mugabe beschuldigte Pretoria, es bilde frühere Hilfstruppen (*»auxiliaries«*) des ehemaligen rhodesischen Ministerpräsidenten A. Muzorewa wie auch Angehörige der früheren Eliteeinheit *Selous Scouts* zum Kampf gegen die Regierung in Harare (Salisbury) aus. Diese könnten, so die Sorge der Regierung Mugabe, in Zimbabwe eines Tages eine Rolle spielen, die der heutigen der *Resistencia Nacional Mocambicana* in Mozambique und UNITAs in Angola ähnlich ist. Auf Bemerkungen Mugabes, in denen er seine Sympathien für den Kampf des schwarzen Südafrikas sehr deutlich zum Ausdruck brachte<sup>31</sup>, folgten in scharfer Sprache gehaltene Äußerungen Bothas und seines Polizeiministers Louis le Grange: für den Fall, daß Harare (Salisbury) dem ANC Basen einräume, werde Südafrika mit aller Härte und Entschlossenheit zurückschlagen. Es folgten die Aufkündigung des für Zimbabwe sehr günstigen Handelsabkommens mit Südafrika durch Pretoria zum März 1982 und die Verschärfung der Transportprobleme Zimbabwes durch die Rückrufung südafrikanischer Lokomotiven und die Verzögerung bei der Belieferung Zimbabwes mit lebenswichtigem Dieselöl, die Einführung von Visumszwang sowie die Ankündigung, Pretoria werde in absehbarer Zeit ca. 20000 Fremdarbeiter in ihr Geburtsland Zimbabwe abschieben.

#### IV. Schlußbetrachtungen

Wie eingangs bereits kurz angesprochen, erscheinen zumindest die Probleme Südafrikas heute im Grunde unlösbar. Entsprechend groß ist die Versuchung, sie auf die lange Bank zu schieben. Allein, eine solche Politik wäre aus vielerlei Gründen verhängnisvoll. Denn in Südafrika, dasselbe gilt naturgemäß für SWA/Namibia, arbeitet die Zeit gegen Lösungen, die nicht das Ergebnis bewaffneter Konflikte sind. Wichtig ist heute, daß die westliche Führungsmacht seit der Amtseinführung Chester A. Crockers wohl erstmals willens und in der Lage ist, gemeinsam mit ihren westeuropäischen Verbündeten und einer großen Zahl schwarzafrikanischen Staaten in einen permanenten, der innersüdafrikanischen Situation gewidmeten Dialog mit allen Gruppen des Mehrvölkerstaates Südafrika einzutreten. Denkbare Widerstände konservativer Gegenspieler Crockers aus dem eigenen politischen Lager werden durch das geduldige Drängen insbesondere der Westeuropäer zu überwinden sein. Es bedarf keiner besonderen Weitsicht, um zu erkennen, daß beide Konfliktparteien eine solche westlich-schwarzafrikanische Initiative mit denkbar großem Argwohn verfolgen werden. Das ist jedoch kein Grund, sie nicht zu unternehmen. Dieses Mißtrauen wird sich nur dann auf ein erträgliches Maß reduzieren lassen, wenn es der westlichen Kontaktgruppe zum einen gelingt, SWA/Namibia nach einer einwandfreien Wahl in die international anerkannte Unabhängigkeit zu führen und zum anderen, sich die Südafrika-Mittlerstaaten in einer absolut unzweideutigen Erklärung zu zweierlei bekennen: zum Selbstbestimmungsrecht der (schwarzen) Mehrheit Südafrikas wie auch zur machtpolitischen Absicherung des Existenzrechts der weißafrikanischen Nation wie auch der beiden braunafrikanischen Minderheiten.

31 S. Klaus Frhr. von der Ropp, a.a.O. (Anm. 22), S. 303.